

Sächsische Volkszeitung

← Deutungswort: Wiederhollich in der Geschäftsschule aber von der Post abgesondert ausgabe A mit Haftpflichtversicherung 10,30 M. — ausgabe B 9,45 M. In Dresden und ganz Deutschland frei Haus! ausgabe A 10,65 M. ausgabe B 9,90 M. — 5 Minuten Versicherung erfordert an allen Weichenlagen nach. — Sprechstunde der Redaktion: 11 bis 12 Uhr beim

Kunstgewerbe: Ausnahme von Geschäftsbüroangaben 8 bis 10 Uhr, vom Geschäftsanfangen 8 bis 11 Uhr besteht. — Weit für die Wett-Wahlzettel 1.40 M., im Weißmetall 8.50 M. Gemüll-Abregeen 1.30 M. — Es ist unbedeutend getrennt, sowie durch Bezeichnung zugegebene Angaben können nicht die Gesamtverteillichkeit für die Richtigkeit des Registri nicht überzeugen.

Reichsfinanzminister Dr. Wirth in Dresden

Eine bedeutungsvolle Zentrumsfundgrube

Treitner 7. Mai.

Dresden, 7. Mai.

Der Volkswahlhalle ist überfüllt. Aus allen Teilen der Stadt sind die Zentrumslieute herbeigekommen, um den Reichsfinanzminister Dr. Wirth zu hören. Nicht gedrängt sitzen sie zusammen in dem großen Saale, in den Seitengängen steht es Kopf an Kopf. Ein übervolles Haus, ein glänzender Erfolg. Auch manche Gegner sieht man darunter. Die große Presse Sachens ohne Unterschied der Partei ist fast vollständig erschienen. Es ist gegen 8 Uhr. Der demokratische sächsische Finanzminister Dr. Reinhold erscheint mit seinem Finanzrat von Otto, um den Reichskollegen zu begrüßen und zu hören, was er zur Finanzlage zu sagen hat. Eine Bewegung geht durch die Reihen. Die große Gestalt des früheren sächsischen Kultusministers und jetzigen Ministerpräsidenten Bück wird sichtbar. Er nimmt mit dem sächsischen Finanzminister in der ersten Reihe Platz. Durch das Erscheinen der beiden sächsischen Minister wurde dokumentiert, daß die erste öffentliche Zentrumssitzung im Wahlkampf ein politisches Ereignis darstellt. Auch der hochwürdigste Herr Bischof Dr. Böhm an war gekommen. Im Saale sah man auch Parteifreunde aus dem Lande. Von welcher waren sie gekommen, aus der Südbaußig, aus der Wendel und Schirgiswalde hatte sogar drei Vertreter entdeckt, die noch nachts von Hause aus den Weg zu Fuß nach Hause machen mußten. Solche Dinge sind anspornend, solche Begeisterung für unsere Sache lädt Hoffnungsvollig in die Zukunft blicken. Kurz nach 8 Uhr bricht in der Versammlung stürmischer Jubel los: Reichsfinanzminister Dr. Wirth betritt den Saal. Er nimmt gleich nach der Begrüßung durch den Ortsgruppenvorsitzenden Pohlseitrich Thiloewsky das Wort zu seiner Rede über die Lage. Mit höchster Spannung folgt die Zuhörerschaft seinen eineinhalbstdündigen Ausführungen. Sie hingen an seinen Lippen, kein Laut regt sich in dem großen Saale, es sei denn, daß Stürme der Zustimmung den Saal erschüttern. Wie geben nachfolgend das Wesentliche aus der bedeutsamen Rede des Reichsfinanzministers und Zentrumsführers Wirth wieder. Offen und ehrlich schilderte er unsere finanzielle Lage, aber er verstand es, die Hoffnung lebendig zu erhalten auf Besserung. Pausche sind dabei unerträglich. Die Verfassung muß hochgehalten werden. Das Rechtsgesetz am Waterlande bedarf der Mitarbeit aller Parteien. Wir müssen den Blick nach vorwärts wenden und mitarbeiten unter dem Namen des Christlich-sozialen Gebanlers. Wir müssen unter Bestes geben. Trefflich verstand er es, den Nachweis zu führen, wie wichtig die Politik der Zentrumspartei war und ist. Wir müssen zusammenhalten. Wer isoliert steht in der Politik, ist verloren. Windhorses Welt ist nach lebendig. Opposition ist keine Kunst. Das Zentrum ist den Weg der Pflicht gegangen. Wir müssen uns frei machen von Schlagwörtern. Und dann entrollt er ein Bild unserer Finanzlage. Demjenigen, der bei ihm den Gebanlen des Staatsbankrotts vertreten würde, möchte er die Tüte weisen. Dieser Gedanke sei vereucht. Es folgt ein Hinweis auf Spa. Der Vertrag von Versailles ist das Leidesteil von ganz Europa. Dann kommt der Reichsfinanzminister auf die Steuerfrage. Leistung unserer Wirtschafts- und Finanzpolitik muß sein, daß das Christentum Rätschenslebe und Gottverdiensten bedingt. Deutschland tonzt einen Totentanz. Unheimliche Ver schwörung. Wir müssen uns auf den Boden stellen, daß, wer nicht arbeitet, im neuen Deutschland keinen Platz mehr hat. Ohne geregelte Wirtschaft kommen wir nicht aus dem Glend heraus. Der Meßner berichtet daß heute abgeschlossene Kreditabkommen von 200 Millionen Gulden mit Holland. Er fordert auf, zur Wahlurne zu gehen und in gemeinsamer Arbeit sich die Hände zu reichen. Seine Rede ringt aus in einem begeisterten Appell zur Mitarbeit für das Christlich-soziale Programm der Zentrumspartei. Minutenlanger Beifall dankt von Meßner, immer wieder bricht der Sturm der Begeisterung los. Die Versammlung steht unter dem überwältigendenindruck dieser Rede. Der Vorsitzende und nach ihm in der Aussprache zwei weitere Meßner dankten dem Reichsfinanzminister und Abgeordneten für seine Rede, dankten der Zentrumspaktion der deutschen Nationalversammlung für ihr Treffen.

Die Rede Bleits war ein glänzender Ausklang ganz Wohlklangs! Gottlich war diese Rede und haarscharf angespielt, politischer Ausdruckungsunterricht in höchster Vollendung — man fühle, daß hier ein Staatsmann sprach, eine Persönlichkeit, auf die das deutsche Denken stolz sein kann. Es war gewiß ein großes Opfer, daß Minister Bleick erkannt hat, daß er trotz schwer außerordentlichen finanziellen Verluste denk nach Dresden gefolgt ist, aber der Dantl, der ihm aus aller Augen entgegenleuchtete, wird ihm einen wenigstens entschädigen für seine große Mühselarbeit, für das Verdienst, daß er sich in eigneartiger Weise dadurch für die ländliche Zentralpartei verbreitet hat. Auch hier sei ihm nochmals herzlichster Dank gefragt. Nun frisch auf zur Arbeit im Sinne der großen Gedanken, die der Zentralparteiführer uns vermittelte hat.

Die Rede Dr. Wirth

Nach den kurzen Begrüßungsworten des ersten Vorsitzenden der Ortsgruppe Dresden, Postdirektor Tholotius Sly, ergriff der Reichsfinanzminister das Wort. In seiner Rede hörte er eine solche Antwort:

gendes aus:
Wir, die wir selbst Kriegsteilnehmer waren, die auf allen Kriegsschauplätzen mitgekämpft haben, wie sind im Ausbildungskunterricht draußen und in der Heimat genug i geführt worden mit den Un-
erträglichkeiten, bis zu dem Tage, wo der große Zusammenbruch er-
folgt ist. Wir wollen uns daran gerodhnen, wenn es andere noch nicht
gelan haben, das klare, wenn auch

bittere Wassert der Wahrheit
trüben zu lernen. Und wenn jemand berufen ist, dieses Wasser der Klarheit und der Aufrichtigkeit zu verbreiten, dann ist es der Reichsfinanzminister Wirth, wie seinen Namen es entspricht. Mit übergrößen Sorgen erscheine ich in Ihrer Mitte, denn erst im Laufe dieses Tages und gestern sind mit einer Reihe Enttäuschungen besetzelt worden, die geeignet sind, die ganze Finanzpolitik, die großen Finanzreden und sonstigen Dispositionen, die ich getroffen habe, in den nächsten Wochen und Monaten über den Haufen zu werfen. Täglich werden mir meine Reichsministerien neue Fehlerbretter gegeben. Wir kommen in Deutschland zu keiner Gesundung, wenn nicht im Neinen und Neinsagen.

Sparsamkeit
gebt wird, nicht jene falsche Sparsamkeit, die den Menschen bei Lebensnotwendigkeiten beraubt, davon ist gar keine Rede, sondern jene Sparsamkeit, die nur dort Ausgaben macht, wo es sich um produktive Zwecke handelt. Alles Dekorative, alles, was nur ein Schauspieler ist, muss heraus aus dem Haushalt des Reiches, der Ländereien und der Gemeinden. Vor wenigen Tagen haben wir in der Nationalversammlung den Notenrat verabschiedet, der bis zum Vorliegen des Haupetats die Führung der Geschäfte möglich machen soll. In diesem Notenrat haben wir eingesetzt einen Posten von drei Milliarden Mark zur Verbilligung der Lebensmittel, um die ausländischen Lebensmittel nicht in einer Höhe abgeben zu müssen, daß sie für das Volk nicht zu erlaufen sind. Diese drei Milliarden, die vor wenigen Tagen von der Nationalversammlung genehmigt worden sind, erweisen sich heute nach 14 Tagen als längst nicht mehr ausreichend. Wir müssen allein 700 000 Tonnen Getreide aus dem Auslande einführen, ferner gewaltige Mengen Speck und Fett, um nur über die nächsten Wochen und Monate hinwegzukommen. Trotz aller Unsicherheiten geben wir die Hoffnung nicht auf, daß es uns gelingen wird, über die nächsten schweren Monate ohne große politische Erschütterungen hinwegzukommen. Dazu aber sind innere Reformen und neue Frischluft von links und von rechts absolut notwendig. Wollen Sie nicht am Ende Ihrer Hoffnung stehen, dann halten Sie zu den Parteien, die die Verfassung hochhalten, die ohne Blut und Streitkämpfe die Freiheit unseres schwergeprüften Volkes retten wollen. Keine Partei weder das Bismarck noch die Sozialdemokratie oder die Demokratie allein aber kann für sich die Regierung führen, keine für sich allein kann auch die große Verantwortung tragen, die gerade in den nächsten Monaten, in den nächsten Jahren auf den Regierenden lastet wird. War es denn klug von der Sozialdemokratie, als sie am 9. November die Regierung übernommen hat? Es war die größte Torheit, daß sie im Augenblick des Zusammenbruches die Verantwortung auf sich genommen hat. Vom Standpunkt der Partei aus hat zweifellos weder die sozialdemokratische noch irgend eine andere Partei Anstand auf glänzende Geschäfte zu machen gehabt, indem sie das Volk aus dem Zustande des Krieges in den Zustand des Paradieses, Zufriedenheit und des Glücks hätte führen können. Es war ein großer Fehler von Verantwortung, daß die damaligen Männer der Regierung auf sich genommen haben. Sie wollen die Verantwortung weiter tragen und werden es auch tun. Ich war Zeuge jenes Augenblickes in Berlin, wo auf der Treppe des Reichstagsgebäudes der Abgeordnete Scheidemann vor den Tausenden von Fußläufern die sozialistische Republik ausgerufen hat. Den Volksstaat aber anzuhören in dem sozialen Gerechtigkeit herrscht, das Wirtschaftsleben, das Leben des Beamten, des Arbeiters, des Angestellten, des Handwerkers geht, den Staat, in denen wahre Brüderlichkeit das umhüllende Band ist, den können sie nicht austauschen, den müssen sie aufzuhauen. Wenn wir bauen müssen nach diesen Trümmern des Krieges, dann müssen wir den sozialen Volksstaat aber in seinen Grundamenten verankert haben. Nicht, indem wir nur neue Steuern machen müssen, indem wir Bücher schreiben, schönes Leben halten, sondern wir müssen den neuen Staat rats auf dem

ihm aus den neuen Staat mit auf dem
Boden der Arbeit.

Die Arbeit allein ist das königliche Reichen, in dem der neue Volk-
stant aufgebaut und gerechtet werden kann. Wir ließen nicht auf den
Boden der republikanischen Verfassung zum Scheine reißen, wie die
Idee nicht nur mit der Hand, sondern auch mit dem Herzen, und zwar
wie sonst mit dem Herzen dabei sind, dann sind wir nichtständig.
Die Nationalen, die im Reichstag und anderorts mit dem Be-
stuum gehen, sollen wissen, warum sie sind. Sie sollen wissen, daß wir
bereit sind, mit ihnen den neuen Volkstaat einzubauen. Sie soll-
wissen, daß wir bereit sind, unser Recht zu setzen und dann wi-
ed zu um die Zentralpartei in Deutschland nicht lange. Die Zent-
ralpartei ist eine Wiederherstellungsparthei und eine solche wird es bleiben,
sie kann niemals daran denken, allein bestehen zu wollen. Es erfor-
deret aber unser Wiederherstellungscharter, daß wir zusammenhalten. Wir
müssen Einheitlichkeit suchen, wir müssen mit anderen gehen und

Wer willen will, welchen Charakter dieses neu-
Volksstaat i
der nehme

Ioren. Es ist ein hartes Wort. Aber wenn wir uns heute die Schulden des Reiches betrachten, sie betragen zur Stunde annähernd 200 Milliarden, darunter etwa 92 Milliarden fandierte Schulden, und

wenn man uns traut, schüttet sie euch doch ab, erinnert sonst den
Staatsbankerott,

macht euch wieder frei, schafft Trümmer, nur damit ihr dem elenden
wieder die Wege ebnet, so werde ich, so lange ich an meinem Platz
stehe, jedem die Tür weisen, der mir mit dem Gedanken des Staats-
bankerottes irgendwie nahtretten will. Das ungewisse Glück, das
auf ein solches Experiment folgen möchte, ist gar nicht abzusehen.
Staatsbankerott ist Volksbankerott. Der Gedanke ist verrückt, wir
lehnen ihn ab. Mit solchen Experimenten wird Deutschland nicht ge-
heilt, und mit ihnen wird man auch im gegenwärtigen Augenblicke
Europa nicht gerecht werden. Das Schicksal des deutschen Volkes ist
auch das Schicksal des französischen Volkes. Ich habe die Röte des französischen
Volkes sind die gleichen wie die des deutschen Volkes und wenn wir
nicht leben können, dann können wir den Franzosen heute sagen, daß
in 50 Jahren die Trümmer von Reims oder Arras oder von anderen
französischen Städten, ihre grauenhaften Gestalten noch genau so
dastehen, wie sie heute ihre Schattenrisse in die Nacht hinauswerfen.
Die beiden Völker, die früher, wenn sie sich verbünden hätten, den
Erdball beherrschten könnten, die sich zerfleischt haben werden sich auch
heute nicht versieben. Die Faust des Generalstabs ist hoch in Frank-
furt, ist mir das Reichen das nicht Vermut, sondern die

Universität der europäische Politik

föhrt. Wir haben die Einladung von San Remo gehebt. Wir folgen ihr. Die deutsche Reichsregierung geht nach

Span.

Wir werden aufrichtig, wie in unseren Versammelungen, am Verhandlungstisch in Spaⁿ die Feinde aufklären über unsere wirtschaftliche und finanzielle Lage. Wir haben nichts zu verheimlichen. Wir werden ihnen die Wahrheit sagen. Die Frage ist nur, ob man dort für die Wahrheit, die nicht allein für Deutschland gilt, sondern für ganz Europa, das nötige Verständnis hat. Die Franzosen verlangen jedoch wieder, daß wir nach Spaⁿ kommen wollen, um dort das entgegenzunehmen, was sie vorher mit England ausgemacht haben. Dann brauchen wir gar nicht hinzugehen. Wollen wir noch einmal ein Verhältnis unterschreiben? Der Friede von Versailles erweist sich bis zur Stunde als ein Todesurteil für das wirtschaftliche und finanzielle Leben von Europa, nicht nur für Deutschland. Lord George hat, so weit sich übersehen läßt, die Führung der Konferenz, wenn nicht französische Nachdrift aufs neue die Vernunft unterdrückt, die auf englisch-italienischem Boden endlich zu erwachen beginnt. Wir kommen gewiß nach Spaⁿ als Besiegte, aber wir kommen nach Spaⁿ als Menschen, die in Deutschland der Wirklichkeit der Wahrheit ins Auge geschaut haben. Wir kommen nach Spaⁿ, bereit, zu verhandeln und mit dem guten und festen Willen, zu leisten, was ein armer Volk leisten kann. Was wir leisten können, kann nicht abgeschafft werden von einer kornierten militärischen Führung; was wir leisten können, muß abgeschafft werden von großen wirtschaftlichen Rennern aller Völker. Wir wollen den Feinden die Hand reichen, um darüber zu beraten, wie man Europa retten kann.

vor dem letzten und furchtbarlichsten Zusammenbruch,
den es vor Jahrhunderten vielleicht einmal erlebte in der Zeit der
Völkerwanderung. Die Feinde haben Gelegenheit, unser Reich zu
übergehn zu studieren. Es sind unglaubliche Zahlen, die vor unseren
Augen sich austun. Im ordentlichen Etat stehen den Ausgaben von
28 Milliarden Mark an Einnahmen und 25 Milliarden gegenüber
so daß wir also im ordentlichen Etat allein einen Fehlbetrag von
drei Milliarden haben. Dazu kommt der außerordentliche Etat und
der Fehlbetrag erhöht sich bereits auf 12 Milliarden Mark, dient

die Schlußströme der städtischen Versorgungsunternehmen

wie der Post und der Eisenbahn hinzurechnen muß. Ich hoffe bis
zu gelern gemeint, daß der Abbildung der Reichsbahnen in
diesem Jahre zum ersten Male in einem großen Sammelbudget vor
der Nationalversammlung vorgelegt wird mit einem Fehlbetrag von
12 Milliarden, seit vorgestern weiß ich aber, daß der Fehlbetrag min-
destens 14 Milliarden sein wird. Auch die Postverwaltung wird mit
einem Fehlbetrag von mindestens einer Milliarde abzählen.
Es sind 15 Milliarden der schweren Betriebsverluste. Es ist unver-
hältnißig für das Reich, daß diese Fehlbeträge einige Jahre anhalten kön-
nen. Es sind die großen sozialisierten Betriebe, sie stehen in dem
Dienst der Gemeinschaft. Vorsicht und Arbeit aller Deutschen
müssen in kurzen Fristen ihr Lotter anbieten, um diese Betriebe
zu gestalten, daß keine große Fehlbesetzung mehr herauskommt. Die
Drohung mit Gewerkschaftslohn wie keine Finanznot im Deutschen
Reiche. Zu gleichzeitig mit Arbeit unter Fortsetzung alter Rechte werden
mir in erster Linie die großen sozialen Gedanken des Sozialstaates
Staatsbetrieb, der Wissens- und der Wirt. Wir stehen vor der
Notwendigkeit, allein für das Reich in diesem laufenden Jahre 3
Milliarden zu bestrafen. Um eine solche Entlastung einzuschaffen, muß
ich der Rechte des Reiches angehoben der großen Fehlbeträge nicht allzu
übergroß. Das Recht des Staates liegt sich nicht regeln, wenn wir
im diesem Jahre die schwebende Schulden allein durch Ausgabe von
Schuldenanweisungen um 30 Milliarden heben. Das Reich hat aber
bei Neubewilligung der Eisenbahnen auch die schwebenden Schulden der
Bänder mit übernommen und wir stehen vor der Möglichkeit die schweben-
den Schulden des Reiches in diesem Jahre um 40 bis 50 Milliar-
den steigen zu lassen. Es müssen vierfach dem Reich schwer
gefallen aufzukommen.

Das Recht der Münzen

wird, wenn die Steuern veranlagt sind nicht zu den angenehmen hören. Aber brauchen in den Gebären liegen die Leidnahme unserer Bilder zu Missionen. Die Gemeinschaft der Menschen hat auch das Recht, von dem Besitz einen Anteil zu fordern. Von dem Gedanken der Opferwilligkeit des Volkes haben wir uns leiten lassen. Da-

Kapitalertragsteuer ist ein kleiner Angriff gegenüber den Opfern, die Millionen bringen müssen, insbesondere die kleinen Rentner. Doch sind die wohlaufenden Männer, am erfreulichsten sind die Fälle aus den Kreisen derer, die nicht mehr im Produktionsprozess stehen. Ich glaube, all unsere Steuerpolitik kann von diesen Gedankenpunkten aus nicht verfehlt werden. Das große System der Steuern, der direkten Besteuerung ist im wesentlichen abgeschlossen. Sie wirken notwendig und müssen durchgeführt werden. Als Minister des Reiches kann ich nur alle Beamten bitten, unter Wahrung der Würde in strenger, plüschiger Weise Form alles aufzubauen, daß die Steuern richtig veranlagt und richtig erhoben werden. Die Geiegebung kann genügt nicht, sie müssen ausgeführt werden. Auch die Industriesteuern sind bereits angepannt. Die Kohlensteuer wird im Jahre 1920 in den Reichsbudschalt mit 4,5 Milliarden Mark eingezogen werden, der Tabak mit mehr als einer Milliarde, die Ausfuhrabgaben mit einer Milliarde u. u. U. Ein weiteres Budgetieren möglich ist, läßt sich noch nicht sagen. Es steht nun die Frage auf: Werden wir das aufbringen, was wir unseren Freunden zahlen müssen? Auch dazu werden die Opfer gebracht werden müssen. Papiergeld wollen die Freunde nicht, sie wollen Goldmark, und da wir das nicht haben, verzögern sie Kupfer, Chemikalien, sie werden Maschinen landwirtschaftlicher und anderer Art verlangen. Ohne eine Regelung der Produktion ohne eine Kontrolle der Produktion kommen wir aus dem wirtschaftlichen Glanz nicht heraus. Es darf vor allem keine Verminderung der Produktion eintreten. Jeder möge sich überlegen: erhöhte Löhne und Rückgang der Produktion, erhöhte Einnahme und geringe Leistungen sind ein Widerspruch, und unter diesem Widerspruch haben wir gelebt seit zwei Jahren.

Wie freuen uns selbst auf.

Das deutsche Volk verbraucht mehr als es produziert. Produktion und Einkommen muß Hand in Hand gehen. Von dem Gedanken müssen wir uns in Deutschland leiten lassen, wer nicht arbeitet, hat im neuen Deutschland keinen Platz mehr.

Heute morgen ist in Holland nach langen Verhandlungen das große Abkommen mit Holland in Höhe von 200 Millionen Gold u. zum Abschluß gelangt, um wieder vorwärts und aufwärts zu kommen. Wenn in Amerika die innerpolitische Stimmung, die auf Europa keine Rücksicht nimmt und nimmt wird, wenn Wilson Verständnis hätte, nicht für Europa, sondern für die Menschheit, dann wäre in Amerika der Anfang dieser und ähnlicher Abkommen mit Erfolglosigkeit zu erwarten. Wir bedürfen großer Mengen von Nahrungsmittein und es gilt uns, wenn wir nicht politisch Karren sind und Toge des Kapp und Dittmar noch einmal über uns ergehen lassen. Wir kommen vorwärts, wie kommen aufwärts. Die Vergewaltigung ist kein politisches Mittel. Die Vergewaltigung ist die Arbeit des Feindes. Wir wollen in der Welt die Tugend des Friedens. Wir wollen in der Welt das lebendige Glaubens an unser Vaterland nicht erlösen, sondern hochhalten. Wir haben vor uns die Pflicht zur Arbeit, die Pflicht, das Rechtswesen, das wir in Welsmar glücklich begonnen haben, zu vollenden. Ich zweife nicht, daß wir die nächsten Wochen und Monate glücklich überstehen. Wir wollen vorwärts und aufwärts treten, dem Nicht entgegen!

Aussprache

Minutenlang anhaltender Beifall folgte den aufgezeichneten die wirtschaftliche Not unseres armen Vaterlandes in ununterbrochener Kette kennzeichnenden Worten des Reichsfinanzministers. Herr Postsekretär Tholozowsky stellte hieran den Dank der Gruppe und aller Anwesenden ab. Als erster Debattierende sprach sodann Herr Reichskanzler Dr. Sasse im Namen des Bundesvorstandes seinen Dank aus. Anhängend an die Mahnung des Reichsfinanzministers, praktische Arbeit zu leisten, weist er auf das Wahlflugblatt der sächsischen Zentrumspartei hin, dessen Grundzüge ein Programm praktischer Arbeit darstellen. Wenn wir aber nicht in allen ein ungeheuerliches Maß von Verantwortungsfreidigkeit und ehemaligen Pflichten großzählen, dann werden wir die heutige Zeit nicht übersehen können. Über allem müssen die ewigen Grundzüge des Christentums stehen, die unseres Volles die Kraft geben. Wer erkennt, daß nur diese ewigen Gefüge die Welt regieren können, der kann seine Stimme nur für das Zentrum abgeben. (Lebhafter Beifall)

Nachdem ein Vertreter der Bodenreform Partei den Bodenreform gezeigte und für die Schaffung von Heimstätten eingetreten war, ergriff Herr Hauptstaatssekretär Hählein, von lebhaftem Beifall begrüßt, das Wort und batte dem Reichsfinanzminister in dessen Eigenschaft als Führer des Zentrums besondere Dank ab. Als es dann der laufenden Menge die fröhliche Kunde drückte, daß in der letzten Stadtverordnetenversammlung der Antrag auf Fortbestand der konfessionellen Schulen in Dresden angenommen und somit die konfessionelle Schule bis zum Ende des Reichsabschlusses gefestigt sei, durchdrang die begeisterte Beifall den Saal. Dann geführte der Männer des katholischen Schulverbandes und aller, die dort mitgewirkt haben, Kursus aus der Versammlung "Sächsische Volkszeitung", besonderes Dank aber der deutschen Zentrumspartei und ihren Führern, die dann erst die Hilfe und Wohlwollen gegeben, indem sie sich mit allen Kräften für die christlichen Ideale einzusetzen haben. Wer erkennt, daß nur der um die Steuer gelegte Beitrag zugleich einen und wiederum arbeiten für das Zentrum und so das Geldbeutel in die Tat umsetzen. Daraum jede Stimme dem Zentrum!

Herr Postsekretär Tholozowsky schloß hierauf die gesetzliche Versammlung mit der Aufforderung: Alle Mann eintreten für die große Zentrumspartei, für Wahrheit, Recht und Freiheit!

Die Kapitalertragsteuer

Unter den Steuern, die eben im Reichsgesetzblatt veröffentlicht wurden, befindet sich auch die neue Kapitalertragsteuer. Sie ist bekanntermaßen gebürtig als eine Ergänzung zu der Einkommensteuer und soll das sogenannte hunderte Einkommen, das Einkommen aus Kapitalbesitz vorbelasten, ähnlich wie dies früher in hoher Weise die Vermögenssteuer in Preußen getan hat. Die Steuer beträgt 10 Prozent des Kapitalertrages. Eine Staffelung findet bei dieser Steuer nicht statt. Das eigentlichste an der Kapitalertragsteuer ist nun, daß sie im allgemeinen nicht von denjenigen zu zahlen ist, welche die Einnahmen empfängt, sondern von dem Schuldner. Damit ist eine Erleichterung in unser Steuerrecht eingetragen worden, die man bisher in Deutschland nicht gekannt hat. Wie sind in Deutschland gewohnt, daß bei den großen direkten Steuern der Steuerzettel i. d. R. gebracht wird, und der Steuerpflichtige dann eine Erklärung abgibt, wieviel Einkommen oder Vermögen er besitzt. In England kennt man die Erhebung der Steuer an der Quelle schon seit langem. Dort werden im Rahmen der Einkommenssteuer alle die Beiträge, die aus Kapital u. u. s. fließen, gleich beim Schuldner erfaßt und beim Gläubiger wird nur der um die Steuer gelegte Beitrag zugerechnet. Dieses System hat zur Folge, daß die Steuerhinterziehung außerordentlich viel schwierig ist als bei den auf Steuerhinterziehung beruhenden Steuern. Bei der Kapitalertragsteuer ist es nur eine verhältnismäßig leichte Sache, die Steuer sofort beim Schuldner zu erheben. Deutjnge, der eine Kapitalrente einem Dritten zu zahlen hat, muß 10 Prozent des entsprechenden Summen direkt an das Finanzamt abführen, erhält dort eine Bescheinigung über die erzielte Steuerhinterziehung und muß dann diese Bescheinigung dem Gläubiger vorlegen. Auf diese Weise wird der Kapitalertrag jeweils um 10 Prozent gestraft, und das Geld kommt verhältnismäßig leicht und vor allem sicher zu seinem Steuer. Bei Erträgen aus Aktien u. u. ist die Sache noch viel einfacher, indem die Dividenden oder Rendite nur zu dem gefestigten Betrag aufgezahlt werden. Wichtig ist dabei noch, daß durch eine solche an der Quelle erfasste Steuer auch jene Kapitalerträge erfaßt werden, die ins Ausland fließen. Hat also jemand Kapital ins Ausland gebracht, z. B. deutsche Aktien u. u., und dort bei einer ausländischen Bank hinterlegt, so kann er dadurch die Kapitalertragsteuer nicht aufweichen.

Damit nun die Gläubiger es nicht verhindern, durch entsprechende Verträge gegenüber Ihren Schülern, den letzteren die Steuer aufzuwerfen, bestimmt der § 8 des Gesetzes, daß eine Besteuerung, insbesondere der Schuldner die Steuer zugunsten des Gläubigers übernimmt, möglich sein soll.

Die Kapitalertragsteuer wird verhältnismäßig hohe Erträge bringen; natürlich ist auch hier eine gewisse Zeit notwendig, bis sie sich einstellt. Vor allem wird es anfangs immer wieder Fälle geben, in denen die Schuldner, die ja die Steuer zu zahlen haben, über den Inhalt des Gesetzes nicht genügend unterrichtet sind. Da bei dieser Steuer eine direkte Aufforderung zur Übergabe einer Steuererklärung usw. nicht erfolgt, so ist eine entsprechende Aussklärung des Publikums besonders wichtig.

Die Lage im rheinisch-westfälischen Industriegebiet

ist noch keineswegs gelöst, und es ist durchaus zu verstehen, wenn die dortige Bevölkerung nach wie vor stark beunruhigt ist. Sehr zu rechten Zeit kommt daher eine Kundgebung des Vorstandes der Zentrumstraktion des Westfälischen Provinziallandtages, den die CVP zu veröffentlichen hat in der Lage ist. Die Kundgebung hat folgenden Wortlaut: Noch immer ist die Lage im rheinisch-westfälischen Industriegebiet nicht gesichert. Innerhalb ihrer eigenen Partei bereitet sich der Aufstand. Keiner Zweck bereitet sich vor. Die Massenabgabe wird nur unvollkommen durchgeführt; terroristische Elemente fließen am Werkeinzelhandel, was ihnen bisher nicht gegolten ist. In vielen Städten der ganzen Bevölkerung Westfalen, in Stadt und Land, überall, wo man die Lage aus eigener Anschauung kennt, schenkt man den alten optimistischen Verträgen der radikalen Presse und der Berliner Städte keinen Glauben und verlangt dringend nach energetischen, vorbeugenden Maßregeln. Unter diesen Umständen erachtet die Zentrumstraktion des Westfälischen Provinziallandtages ihr die heutige Brüderlichkeit, den Parteidienst und die Berliner Fraktionen, besonders aber die Zentrumsmitglieder in den kleinsteuer aufzufordern, daß sie alles daran setzen, daß seitens der Regierung eine feste Halbzeit eingerichtet und weiter beschafft wird. Seit über die Freiheit der Zentrumspartei hinaus ist die Bevölkerung Westfalen die bisherige zögernde und beschämende Haltung gegenüber laufenden Verbrechen. Die Vorgänge bei dem Rücktritt des bisherigen Führers des Wehrkreiskommandos 6 von seinem Kommando haben tiefe Beunruhigung hervergeufen. Bis jetzt herrscht die Meinung, daß Wehrkraftsführung die innere Politik beherrschen, um die Stimme zahlreicher sozialdemokratischer Arbeiterorganisationen in Berlin noch höher zu richten und daß man sich darum befreit, zwar mit Worten, nicht aber mit der Tat den befreienden Forderungen anderer Gruppen entgegenzutunnen. Die Tatsache, daß erlaute Oberlandesgerichtsbericht unbedingt ihrer verdeckten Handwerk nachzugehen kann und mit Regierung vertreten am Verhandlungstisch sitzen, erzeugt Unwillen. Man erwartet, daß dem Nachkriegsregierung der öffentlichen Bediensteten und außerordentlichen Kommission ein Ende bereitet wird. Durch Unterdrückung wahrheitsgemäßer Berichte über die tatsächlichen Vorgänge und rosig gefärbte Darstellungen der Lage wird die Autorität

müssen, also nur durch Teilnahme der Mehrheitssozialdemokraten an der Regierung gewährleistet werden könnte. Es würde also von den bürgerlichen Parteien ständig eine Marchroute eingehalten werden, auf der auch die sozialistischen Arbeitnehmer mitgehen könnten.

Die Koalition wird auch in Zukunft eine Notwendigkeit bleiben und dies wird von führenden Politikern aller Parteien rechts und links zugegeben, solange es nicht eine Partei gibt, die so zahlreiche Einflugschaft besitzt, daß sie eben die Mehrheit des deutschen Volkes hält. Sie hat und aus sich heraus eine tragfähige Regierung bilden kann. Eine solche Partei gibt es aber ganz nicht und wird es wohl auch in Zukunft kaum geben. Es steht also der Anfang einer Partei ab, um so mehr kann sie sich bei der auch unsicher notwendigen Koalition Einfluß und sogar entscheidenden Einfluß sichern. Und deshalb in jedem Abstimmungswort, mit welcher Bedeutung und mit welchen noch so hohen Zielen er auch erfolgt, einer der größten Fehler, ja ein direktes Verbrechen an der eigenen Partei, denn Abstimmung schlägt den Einflussverlust der Partei und bringt den kleinen Gruppen selbst bei ihrer gänzlichen Einflusslosigkeit auch kleinere Nutzen. Innerhalb ihrer eigenen Partei dagegen könnten diese Gruppen weit besser zum Ziel gelangen, indem sie entsprechend ihrer jeweiligen Zusammensetzung den Fokus der eigenen Marchroute und damit den Fokus der ganzen Koalition mehr nach rechts oder links bestimmen helfen.

Deutsche Wirtschafts- und Arbeitspartei, Kursbaupartei

wenn sich eine neue Partei, die sich dieser Tage in Berlin gebildet hat. Sie geht von dem Grundsatz aus, daß das nächste Ziel unserer gesamten Politik im gegenwärtigen Augenblick der Wiederaufbau unseres Wirtschaftslebens sein müsse. Daraum sucht sie den Ausgleich der partipolitischen Gegenseite durch Einstellung aller Volksgruppen auf ein einheitliches Wirtschafts- und Arbeitsprogramm im Dienste des gesamten Wiederaufbaues. Neben dem politischen Parlament wird eine Kommission der Arbeit (Arbeitsparlament) als berufständische Interessenvertretung des deutschen Volkes gesetzt, sowie eine durchgreifende Neuordnung auf dem Gebiete des Ernährungs-, Bodenrechts- und Siedlungs- und Gewerbelebens. Das Programm beschäftigt sich auch mit der Steigerung der Produktion in Industrie und Landwirtschaft, mit dem Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer, dem Kampf gegen Bücker- und Schieberum und belastet die Notwendigkeit der Ausschaltung jeder Politik aus der Reichswehr. Ferner weitgehende Verstärkung der Eigenart der einzelnen Bundesstaaten im Rahmen des Reichsvertrages und Gewährleistung der Freiheit der Kirche, sowie der deutschen und betriebsnahen Erziehung. In der auswärtigen Politik steht die neue Partei vor allem eine Reaktion des Geschäftsviertels und die Verwirklichung des auf der Gleichberechtigung aller Nationen beruhenden Völkerbundes dahin.

Es kann nicht dringend genug gewarnt werden vor allen den artigen Parteidisziplinen, in denen die Ziele dieser kleinen Gruppen auch noch so ideal sein. Im politischen Leben werden solche kleinen Gruppen doch niemals wieder zur Bedeutungslosigkeit und politischer Einflusslosigkeit verurteilt sein, und Ihnen kommt nur Ihren eigenen wie auch den Interessen einer größeren Gesamtheit, deren Wohl sie vertreten möchten.

Zu Sachen der Zentrumsschreiber

erhielt die "Kölner Volkszeitung" Nr. 843 folgende Zuschrift des Herrn Beigeordneten Dr. Krautwitz Köln mit der Bitte um Veröffentlichung:

In der bekannten Angelegenheit der Vereinigung zur inneren Reform des Zentrums, die am 30. April zu einer Spaltung geführt hat, habe ich unter dem 1. Mai d. J. an den Vorstand der Zentrumsschreiber, Herrn Oberlehrer Dr. Deermann, folgendes Schreiben gerichtet:

Hierdurch bitte ich Sie, von meinem Rücktritt aus der Vereinigung zur inneren Reform des Zentrums Kenntnis zu nehmen. Meine Überzeugung, daß die Tätigkeit der Zentrumsschreiber in Berlin einer Reform bringend beibringt, bleibt unverändert. Nach gewissenhafter und gründlicher Prüfung glaube ich aber, daß es eleganter ist, dieser Ausschaltung innerhalb des Zentrums Geltung zu verschaffen, als eine neue Partei zu gründen und dadurch den Einfluß und die Stärke des Volksstells der bisher durch das Zentrum vertreten wurde, zu schwächen.

Es entspricht dieser Standpunkt meinen Erfahrungen, die ich in der letzten Versammlung der Akademiergruppe des Sozialistischen Mittelstandes und gestern in ihrer Versammlung in der Bürgergesellschaft abgegeben habe.

Dr. Krautwitz

In ausgesuchter Hochachtung
ges. Prof. Dr. med. Krautwitz.

Das erste Wahlflugblatt der Sächsischen Zentrumspartei

ist gestern offiziell erschienen. Preis pro laufend mit Verpackung, aber ohne Postz. 88 Mark. Bestellungen mögen halbmonatlich an das Partizipationsrat, Dresden-Alt. Holzmarktstraße 46, gerichtet werden.

Ortsgruppe Dresden der sächsischen Zentrumspartei Die ihr Montag im katholischen Seckendorffhaus übernommene Sitzung des Vorstandes und der Vertrauensleute kann erst Dienstag, den 11. Mai abends 8 Uhr stattfinden. Es wird um volkstümliche Eröffnungen gebeten.

Dresden-Alt. Wie aus der heutigen Anzeige zu erkennen, veranstaltet die Zentrumspartei in den nächsten Wochen viele große öffentliche Versammlungen. Alle Zentrumshänger und Freunde werden gebeten, in Wassen an diesen Veranstaltungen teilzunehmen.

Hainig und Umgebung. Zu der am Donnerstag den 13. Mai (Himmelfahrt) nachmittags 3 Uhr im Gasthaus zum "Thomberg" in Hainig anfallenden öffentlichen Versammlung wird ebenfalls eingeladen. Herr Hauptstaatssekretär Hählein in Dresden wird über die politische Lage sprechen. Er scheint in Wassen (siehe Anzeige).

Wuffschub der Konferenz in Spa

(Eigener Drahtbericht der "Sächs. Volkszeitung")

Brüssel, 8. Mai. Aus überlänger Quelle wird gemeldet, daß die deutsche Regierung eine Rolle an die französische Regierung richten will mit der Bitte um Wuffschub der Konferenz in Spa, die für den 25. Mai festgesetzt war, bis nach den Wahlen in Deutschland, die am 6. Juni erfolgen werden.

Neue französische Willkürakte

Saarbrücken, 7. Mai. Die neuen französischen Einheitsbestimmungen, die zur Hebung der französischen Wirtschaft dienen sollen, werden seit Donnerstag auch im Saargebiet angewandt, obgleich der Saarvertrag die Einsetzung des Saarbezirks nur in den französischen Saarbezirk, nicht aber in das französische Wirtschaftsgebiet vorstreckt. Da das Saargebiet für den Beginn seiner Verbrauchsgegenstände nahezu vollständig auf Deutschland angewiesen ist, bedeutet diese Abschließung eines Mangels an notwendigen Verbrauchsgegenständen und eine weitere Steigerung der bereits sehr hohen Preise. Eine Regierungskommission wird also nach Paris gehen, um die Abstimmung bei für das Saargebiet verbindliche Bestimmungen zu erlangen und dem Saarverband ein Projekt vorzulegen.

Frankfurt, 7. Mai. Der General der französischen Rheinarmee hat dem Polizeipräfektur Thaler eine Geldstrafe von 10000 Mark verhängt, weil er der Willkürbehörde nicht, wie es die Polizei behauptet, angehören habe. Zur Aufbewahrung der Waffe sei eine Genehmigung nicht eingeholt worden.

Zentrumsonhänger!

**Wählerlisten einsehen vom
9. bis einschl. 16. Mai 1920**

Die deutsche Wirtschaftskommission

(Eigener Druckbericht der „Sächs. Volkszeitung“)

Berlin, 8. Mai. Aus Paris wird gemeldet, daß der französische Gesäßtätsünger Dr. Mayer dem französischen Ministerpräsidenten Millerand davon Mitteilung mache, daß die Vertreter der deutschen Wirtschaftskommission, die mit französischen Sachverständigen verhandeln sollen, in ungefähr zehn Tagen in Paris eintreffen sollen. Er fügte noch hinzu, daß die deutsche Regierung den Gedanken austausch als vorsprechend ansiehe.

Der Eisenbahnerstreit in Frankreich

Paris, 7. Mai. „Aout Humanité“ berichtet der Protagonist der Streikenden auf der Staatsbahn in den verhütenen Begegnungen 85 bis 90 Prozent. Nur der Paris-Rouen-Mittelmeerbahn sei das Verhältnis ebenso. — Der Eisenbahnerstreit der Eisenbahngewerkschaft erhält, daß er beendet ist, wenn die Regierung sich zur Einsetzung einer Kommission, bestehend aus Sachverständigen und Arbeitern, verpflichten werde, deren Aufgabe es sei, die Ränge der Nationalisierung der Eisenbahnen zu beraten. — Dass es nötig ist, daß in Frankreich auch die Arbeiter der Eisenbahnerläden die Arbeit niedergelegen. Die Stadt ist ohne Gas. In Bordeaux soll die Lage im Hafen sehr ernst sein.

Amerika und der Friedensvertrag

Paris, 7. Mai. Nach einer Meldung des „Echo de Paris“ hat sich Kugz im Senat schärfer gegen den Friedensvertrag von Versailles ausgesprochen. Die Vorwände des Senators Kugz seien ungernend. Sie können wohl den Überbundervertrag für Amerika unbedenklich machen, doch muß dieser für die ganze Welt unbedenklich gemacht werden.

Niederlande, 7. Mai. Wie „Nieuwe Courant“ aus Washington meldet, hat Kugz in der Senatsdebatte auch heftige Angriffe gegen Präsident Wilson gerichtet, der selber die Nation weiterhin im Kriegszustand halte, als daß er von dem Wege, den ihm sein Eigentum geben heißt, auch nur ein wenig abweiche. Es sei notwendig, den Nachkriegsfall dieser Regierung unverzüglich ein Ende zu machen.

Ungarn gegen die Unterzeichnung

(Eigener Druckbericht der „Sächs. Volkszeitung“)

Budapest, 8. Mai. Die meisten Mitglieder der Nationalversammlung erklären, daß sie gegen die Unterzeichnung des Friedensvertrages Stellung nehmen. Gestern vormittag trat ein außerordentlicher Ministerrat zusammen. Nachmittags fand eine große Kundgebung gegen die Unterzeichnung des Friedensvertrages statt. Die gesamte Presse ist für die Ablehnung des Vertrages.

Die irische Bewegung

Amsterdam, 7. Mai. Der Generalstaatsanwalt von Irland erklärte dem Telegraphen infolge der englischen Unterherrschaft, seit Anfang vorheriger Monate seien in Irland 277 Polizeistationen zerstört worden.

London, 5. Mai. Der Gesandtschaft von Dublin hat mit 88 gegen 5 Stimmen beschlossen, den Fall Petren, die Sinn Féin-Regierung, als ordnungsmäßige gemachte Regierung des irlandischen Volkes anzuerkennen und verpflichtete sich dementsprechend, alle von dieser erlassenen Anordnungen, soweit sie die Stadt Dublin betreffen, zur Durchführung zu bringen.

Das Programm des Stabstags Neergaard

Kopenhagen, 7. Mai. Im Jahre bei dem heutigen Zusammenklang des Holsteins gehaltenen Programmbereich bezeichnete der Ministerpräsident Neergaard als erste und wichtigste Aufgabe die Wiedervereinigung mit den südlichen Landsleuten, die gemäß der festlichen Reichstagssolution und der Erklärung des Holsteins sowie in Übereinstimmung mit den Beschlüssen des Friedensvertrages in ihrem Interesse, eine Ordnung zu erreichen, die sie gegen nationale Unterordnung sichern kann und die ihnen Rückhalt zu einer nationalen Entwicklung gibt, unterstellt werden sollen. Eine Aenderung der Verfassung nach in Hinblick auf die vorstehende Wiedervereinigung baldmöglichst durchzuführen. Die Ausgaben für die Militärförderung müssten in sehr herabgesetzt werden, wie die Stellung Dänemarks als Mitglied des Völkerbundes dies zuläßt. Mit Bezug auf die Landesökonomie forderte der Minister, daß die für die Aufrechterhaltung der Völkergemeinschaft notwendige Arbeit jederzeit ausgeführt werde. Der Minister schloß: Das Ministerium, das auf der Partei des Linken hervorragende ist, wird die Arbeit auf der Grundlage des Programms dieser Partei ausführen, kostet aber auf die notwendige Unterstützung von der anderen Seite rechnen zu können.

Holland und Russland

Haag, 7. Mai. In der Zweiten Kammer folgte der Minister des Innern Karnebeek bei Besprechung eines kommunistischen Antrags bezüglich Wiederherstellung der politischen und Handelsbeziehungen zu Russland: Die Erfahrungen anderer Regierungen machen es nicht wahrscheinlich, daß die Sowjetregierung bei Wiederaufnahme der Beziehungen die Rechte der niederländischen Regierung achtet würde. Ganz so in England und in Deutschland und Schweden habe man die Sowjetregierung annehmen müssen. Das russische Problem werde von dem Völkerbund in Vorsorge genommen werden. Holland könne nicht vereinigt mit der Anerkennung der Räteregierung vorsorgen. Die Wiederaufnahme der Beziehungen müsse eine genaue Untersuchung der wirtschaftlichen Bedingungen vorausgehen. Die Zweite Kammer lehnte jedoch den kommunistischen Antrag mit 48 gegen 18 Stimmen ab.

Das deutsch-holländische Kreditabkommen

Holland, 8. Mai. Gestern hat das Kreditabkommen mit Holland über 200 Millionen Gulden nach monatelangen Verhandlungen seinen endgültigen Abschluß gefunden. Von diesen 200 Millionen Gulden wird ein Teil zur Deutschen Mittelstiftung verwechselt, während der andere Teil einen bleibenden Kredit bildet, aus dem Rohstoffe geliefert werden, die in Deutschland zur Verarbeitung und Ausfuhr kommen, sodass sich dieser Teil des Kreides immer wieder erneuern wird.

Der polnische Wermarsch

Amsterdam, 7. Mai. Den Blättermeldungen aus Warschau folge dauer der Kampf zwischen Polen und Russland an und Polen um den Besitz von Kiev, Tschernigow und Lemberg fort. Die Polen bringen in einem großen Halbkreis langsam vorwärts. — Dem „Nieuwe Courant“ folgt, daß eine besondere Kommission ernannt worden, die die Aufgabe habe, die Streitkräfte und Kommanden am der polnischen Front zu verstärken. Vorsitzender der Kommission sei Brusilow, auch die anderen Mitglieder seien aus dem Kriege bekannte militärische Führer.

Woslaw, 7. Mai. Der russische Centralvollzugsausschuss, hat an einzelnen Gouvernementen vor dem Kriegszeitraum, binnen drei Tagen die organisierte Arbeiterschaft der Südstadt unter die Waffen zu rufen und nach Woslaw zu entenden. Ein großer Teil des in Südstadt liegenden russischen Heeres wird nach der polnischen Front übermarschiert.

Niederlande, 7. Mai. Eine englische Meldung aus Romano folge haben die Polen außer mit der Ukraine auch mit Finnland nach Geheimverhandlungen ein Abkommen abgeschlossen. In politischen diplomatischen Kreisen ist man es sehr wahrscheinlich, daß Polen, Lettland und Estland ein Triebwerkensemble als Gegengewicht gegen den polnisch-ukrainischen Block bilden werden.

Berlin, 7. Mai. Ein Ausschnitt aus Woslaw am alle besagt: In der „Nordost“ bemüht Madrid in einem Artikel, wie ob er die französische Politik sei, wenn sie sich in ein Abenteuer einlässt, das für Polen sehr auslasten möchte weiches Frankreich als Alliierten gegenüber Deutschland nötig habe. Nachdem er die internationale Lage darlegt hat, kommt Roest in dem Schlusse: Wir führen diesen Krieg unter ziemlich bescheidenen Bedingungen als denjenigen gegen Polen, Deutschen und Judenisch. Unser Vertrauen auf den Krieg ist nicht nur auf den Kriegserfolg zwischen Russland und Polen begründet, sondern auch auf die ganze internationale Lage.

Die Grenzregulierung Schleswig

Kopenhagen, 7. Mai. „Berlingske Tidende“ melde, daß von der internationalen Kommission der englische Gesandte und der norwegische Vertreter dem Obersten Rat vorwählen, daß die südländische Grenze der ersten Zone im Osten derart reguliert werde, daß die Straße an der Küstenstrahlungsbucht, bis nach Flensburg verläuft, daß nicht nördlich Flensburg liegt, den Dänen übertragen werde. Durch diese Regelung werde die Möglichkeit für die Ansiedlung eines neuen Flensburg geschaffen, da die bestehenden Städte wichtige Bedingungen für die Errichtung von Hafenanlagen auf dänischem Gebiete schaffe.

Nord, 7. Mai. Nach einer Hamburger Meldung erfolgt am 20. Mai in der ersten Zone die Übergabe der Regierungsgeschäfte an die dänischen Behörden, womit die Abreise der ersten Zone faktisch vollzogen wird. Der König von Dänemark trifft in der letzten Woche in der ersten Zone ein zur feierlichen Übergabe im Rahmen Dänemarks.

Flensburg, 7. Mai. Nachdem der für die Übergangszeit alsstellvertretende Oberbürgermeister eingesetzte Großkaufmann Holm von der internationalen Kommission wünschlich aus seinem Amt entlassen ist, wurde der bis zur Übergangszeit in Flensburg tätige Oberbürgermeister Tobien freitags der internationalen Kommission wieder in sein Amt eingezogen.

Ungarn gegen die Unterzeichnung

(Eigener Druckbericht der „Sächs. Volkszeitung“)

Budapest, 8. Mai. Die meisten Mitglieder der Nationalversammlung erklären, daß sie gegen die Unterzeichnung des Friedensvertrages Stellung nehmen. Gestern vormittag trat ein außerordentlicher Ministerrat zusammen. Nachmittags fand eine große Kundgebung gegen die Unterzeichnung des Friedensvertrages statt. Die gesamte Presse ist für die Ablehnung des Vertrages.

Die irische Bewegung

Amsterdam, 7. Mai. Der Generalstaatsanwalt von Irland erklärte dem Telegraphen infolge der englischen Unterherrschaft, seit Anfang vorheriger Monate seien in Irland 277 Polizeistationen zerstört worden.

London, 5. Mai. Der Gesandtschaft von Dublin hat mit 88 gegen 5 Stimmen beschlossen, den Fall Petren, die Sinn Féin-Regierung, als ordnungsmäßige gemachte Regierung des irlandischen Volkes anzuerkennen und verpflichtete sich dementsprechend, alle von dieser erlassenen Anordnungen, soweit sie die Stadt Dublin betreffen, zur Durchführung zu bringen.

Das Programm des Stabstags Neergaard

Kopenhagen, 7. Mai. Im Jahre bei dem heutigen Zusammenklang des Holsteins gehaltenen Programmbereich bezeichnete der Ministerpräsident Neergaard als erste und wichtigste Aufgabe die Wiedervereinigung mit den südlichen Landsleuten, die gemäß der festlichen Reichstagssolution und der Erklärung des Holsteins sowie in Übereinstimmung mit den Beschlüssen des Friedensvertrages in ihrem Interesse, eine Ordnung zu erreichen, die sie gegen nationale Unterordnung sichern kann und die ihnen Rückhalt zu einer nationalen Entwicklung gibt, unterstellt werden sollen. Eine Aenderung der Verfassung nach in Hinblick auf die vorstehende Wiedervereinigung baldmöglichst durchzuführen. Die Ausgaben für die Militärförderung müssten in sehr herabgesetzt werden, wie die Stellung Dänemarks als Mitglied des Völkerbundes dies zuläßt. Mit Bezug auf die Landesökonomie forderte der Minister, daß die für die Aufrechterhaltung der Völkergemeinschaft notwendige Arbeit jederzeit ausgeführt werde. Der Minister schloß: Das Ministerium, das auf der Partei des Linken hervorragende ist, wird die Arbeit auf der Grundlage des Programms dieser Partei ausführen, kostet aber auf die notwendige Unterstützung von der anderen Seite rechnen zu können.

Holland und Russland

Haag, 7. Mai. In der Zweiten Kammer folgte der Minister des Innern Karnebeek bei Besprechung eines kommunistischen Antrags bezüglich Wiederherstellung der politischen und Handelsbeziehungen zu Russland: Die Erfahrungen anderer Regierungen machen es nicht wahrscheinlich, daß die Sowjetregierung bei Wiederaufnahme der Beziehungen die Rechte der niederländischen Regierung achtet würde. Ganz so in England und in Deutschland und Schweden habe man die Sowjetregierung annehmen müssen. Das russische Problem werde von dem Völkerbund in Vorsorge genommen werden. Holland könne nicht vereinigt mit der Anerkennung der Räteregierung vorsorgen. Die Wiederaufnahme der Beziehungen müsse eine genaue Untersuchung der wirtschaftlichen Bedingungen vorausgehen. Die Zweite Kammer lehnte jedoch den kommunistischen Antrag mit 48 gegen 18 Stimmen ab.

Das deutsch-holländische Kreditabkommen

Holland, 8. Mai. Gestern hat das Kreditabkommen mit Holland über 200 Millionen Gulden nach monatelangen Verhandlungen seinen endgültigen Abschluß gefunden. Von diesen 200 Millionen Gulden wird ein Teil zur Deutschen Mittelstiftung verwechselt, während der andere Teil einen bleibenden Kredit bildet, aus dem Rohstoffe geliefert werden, die in Deutschland zur Verarbeitung und Ausfuhr kommen, sodass sich dieser Teil des Kreides immer wieder erneuern wird.

Der polnische Wermarsch

Amsterdam, 7. Mai. Den Blättermeldungen aus Warschau folge dauer der Kampf zwischen Polen und Russland an und Polen um den Besitz von Kiev, Tschernigow und Lemberg fort. Die Polen bringen in einem großen Halbkreis langsam vorwärts. — Dem „Nieuwe Courant“ folgt, daß eine besondere Kommission ernannt worden, die die Aufgabe habe, die Streitkräfte und Kommanden am der polnischen Front zu verstärken. Vorsitzender der Kommission sei Brusilow, auch die anderen Mitglieder seien aus dem Kriege bekannte militärische Führer.

Woslaw, 7. Mai. Der russische Centralvollzugsausschuss, hat an einzelnen Gouvernementen vor dem Kriegszeitraum, binnen drei Tagen die organisierte Arbeiterschaft der Südstadt unter die Waffen zu rufen und nach Woslaw zu entenden. Ein großer Teil des in Südstadt liegenden russischen Heeres wird nach der polnischen Front übermarschiert.

Niederlande, 7. Mai. Eine englische Meldung aus Romano folge haben die Polen außer mit der Ukraine auch mit Finnland nach Geheimverhandlungen ein Abkommen abgeschlossen. In politischen diplomatischen Kreisen ist man es sehr wahrscheinlich, daß Polen, Lettland und Estland ein Triebwerkensemble als Gegengewicht gegen den polnisch-ukrainischen Block bilden werden.

Berlin, 7. Mai. Ein Ausschnitt aus Woslaw am alle besagt: In der „Nordost“ bemüht Madrid in einem Artikel, wie ob er die französische Politik sei, wenn sie sich in ein Abenteuer einlässt, das für Polen sehr auslasten möchte weiches Frankreich als Alliierten gegenüber Deutschland nötig habe. Nachdem er die internationale Lage darlegt hat, kommt Roest in dem Schlusse: Wir führen diesen Krieg unter ziemlich bescheidenen Bedingungen als denjenigen gegen Polen, Deutschen und Judenisch. Unser Vertrauen auf den Krieg ist nicht nur auf den Kriegserfolg zwischen Russland und Polen begründet, sondern auch auf die ganze internationale Lage.

Die Arbeitslosenversicherung

Dem Reichsrat ist der Entwurf eines Gesetzes für Arbeitslosenversicherung zugegangen. Träger der Versicherung sind die auf Grund besonderen Gesetzes zu schaffenden Kassenverbände. Die Mittel werden durch Beitrag der Arbeitgeber und der Versicherten, die je 1% tragen, sowie des Reiches und des Gemeindesatzes aufgebracht. Arbeitslosenversicherung wird nicht gewährt, wenn jemand seine Stelle freiwillig ohne Grund verlässt oder die Arbeitslosigkeit durch Streik oder Ausperrung veranlaßt wird.

Die Reichsobstuntersetzung

Berlin, 7. Mai. Die Reichsobstuntersetzung wird in der Zeit vom 11. bis 19. Juni im Reichstagssaal stattfinden.

Die Reichsobstuntersetzung

Auf der in Köln abgehaltenen Tagung der Vereinigung deutscher Bauernverbände verzog sich der anwesende Gründungsmitglied Hermann durch eine energische Förderung der Produktion die Grundlagen für die Wiederaufstellung des Volkes zu schaffen. Mit allem Nachdruck, wurde er für eine angemessene Preisbildung eintreten.

Berlin, 8. Mai. Wie es heißt, scheiden die bisherigen Pressedirektoren im Reichsobstministerium, Kapitän Humann und Major Kröger, aus ihren Ämtern aus. An ihre Stelle tritt als Leiter des Nachrichtenbüros der Reichsobstministerium der jüngste Major im Generalstab Schmidt.

Meldungen aus Sachsen

Die Verreichung der staatlichen Staatsbahnen

Gegen die Internationalisierung

Niederlande, 7. Mai. Der dänische Ausschuss für Schleswig hat das deutliche Verhältnis der internationalen Kommission eine Erklärung gegen die Internationalisierung mit 36 000 Unterschriften aus der zweiten Zone überwandt, die folgenden Wortlaut hat: Wir haben durch die Übereinkunft vom 14. März bewiesen, daß wir Deutsche sind und bei Deutschland bleiben wollen. Wir weisen alle Versuche von Seiten der Dänen und gewissen Kreisgruppen in Irland, uns trotzdem an Dänemark oder hier einen Freistaat zu errichten, mit Entsetzung zurück. Die dänischen Behauptungen über Unterdrückung durch uns Deutsche sind erlogen. Wir haben früher mit den Dänen in Frieden gelebt und werden auch in Zukunft mit ihnen in Frieden leben. Wir wiederholen, daß wir Deutsche sind und Deutsche wollen wir bleiben.

Abschließappell der Fliegertruppe

Berlin, 7. Mai. Beim Abschließappell der Fliegertruppe lädt General Seestadtsche Anträge an die verfassten Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften:

„Mit dem heutigen Tage legt eine fahrbare Fliegertruppe die nach tubzwecklichen Vorschriften still und höll die Waffen nieder. Am 8. Mai 1920 vollendet die deutsche Fliegertruppe die im Friedensvertrag von uns geforderte restlose Aufstellung.“

Die Forderung der Ablösung ist die letzte Anerkennung, die ihr der Staat von gestern widerstellt.

Im Juli 1919 auf dem historischen Heiligengrabe von Pöhlberg von vielen hundert jungen Offizieren ins Leben gerufen, hat die junge Waffe in den 10 Jahren ihres Bestehens eine ungeahnt schnelle und gewaltige Entwicklung genommen. Im Weltkrieg hat sie sich mit ihren Taten und Opfern würdig den alten Stammmutter der deutschen Armee beigegeben. Gleichwohl von der Waffe her ist sie von jetzt an die Kraftwagenbetriebe des dänischen Staates. Nicht werden die Kraftwagenbetriebe weiter geführt. Auf Grund bevorster Vereinbarung mit dem Reich werden jedoch die genannten Kraftwagenbetriebe in Zukunft von der dänischen Staatsverwaltung verwaltet werden. In Europa ist die dänische Fliegertruppe nicht mehr allein trocken. Weitere sind die allgemeinen Diensten, Transportdiensten, Lösch-, Verarbeitungsdiensten, Kosten usw. überall geöffnet. Vor allem aber ist für den Übergang bis zur neuen Armee eine starke Erweiterung von Personal notwendig. Bei den Kraftwagenbetrieben selbst kommen noch die ganz gewöhnlichen Transportdienste, die wir für unsere Heeresfahrzeuge mehr haben, an ausländische Dienststellen und an ausländische Valuta, also sehr teuer. Beide werden die Kraftwagenbetriebe weiter geführt. Auf Grund bevorster Vereinbarung mit dem Reich werden jedoch die genannten Kraftwagenbetriebe in Zukunft von der dänischen Staatsverwaltung verwaltet werden. In Europa ist die dänische Fliegertruppe nicht mehr allein trocken. Weitere sind die allgemeinen Diensten, Transportdiensten, Lösch-, Verarbeitungsdiensten, Kosten usw. überall geöffnet. Vor allem aber ist für den Übergang bis zur neuen Armee eine starke Erweiterung von Personal notwendig. Bei den Kraftwagenbetrieben selbst kommen noch die ganz gewöhnlichen Transportdienste, die wir für unsere Heeresfahrzeuge mehr haben, an ausländische Dienststellen und an ausländische Valuta, also sehr teuer. Beide werden die Kraftwagenbetriebe weiter geführt. Auf Grund bevorster Vereinbarung mit dem Reich werden jedoch die genannten Kraftwagenbetriebe in Zukunft von der dänischen Staatsverwaltung verwaltet werden. In Europa ist die dänische Fliegertruppe nicht mehr allein trocken. Weitere sind die allgemeinen Diensten, Transportdiensten, Lösch-, Verarbeitungsdiensten, Kosten usw. überall geöffnet. Vor allem aber ist für den Übergang bis zur neuen Armee eine starke Erweiterung von Personal notwendig. Bei den Kraftwagenbetrieben selbst kommen noch die ganz gewöhnlichen Transportdienste, die wir für unsere Heeresfahrzeuge

Beilage zur Sächsischen Volkszeitung

Nr. 104

Sonnabend, den 8. Mai 1920

19. Jahrg.

Zur Verabschiedung der Reichsbeamtenbefreiungsreform

Von Oberpostchaffner Koch, M. d. R.

Im 2 und 3. Vorsitz ist am 28. April ein Reformwerk verabschiedet, das zwar nicht alle Wünsche der Beamtenchaft erfüllt, aber so manche neue moderne Gesichtspunkte einer neuzeitlichen Beamtenbefreiung berücksichtigt, darüber hinaus auch so wesenliche materielle Vorteile bringt, daß der objektiver Wiedergabe der Gesamtverhältnisse die Mehrzahl der Beamten mit Befriedigung erfüllt sein kann. Es muß vorab gelöst sein, daß sowohl in der besonderen Unternehmung, wie im Haushaltshaushalt frei von parteipolitischen und wahlsoziatirischen Rücksichten, jeder rein sachlich die schwierige Materie zu behandeln sich kennt. So auch die Mitglieder der Zentrumsfaktion, die in der Oktozentralfaktion Rücksichtnahme darin haben, daß wesentliche Maßnahmen in Erscheinung treten gegenüber der Regierungsvorlage aufgeschoben werden müssen.

Es war von vornherein einstimmig im Unterausschuß die Auffassung, daß vor allen Dingen in den unteren Gehaltsgruppen die Erhöhung des gelebten prozentualen Teuerungsaufschlages von 50 Prozent und 80 Prozent kommt den berichtigten Wünschen der Beamten der unteren Gehaltsgruppen nicht gerecht werden. Anfangs wurde die Erhöhung der Grundgehalter und der Kinderzuflüsse die Verhandlungsbasis. Dem Antrage des Berufssatzes dieser Hellen, das Grundgehalt der Befreiungsgruppen 1—7 zu erhöhen, wobei in den vier untersten Gehaltsgruppen das Anfangsgehalt um 80 M., das Endgehalt um 1200 M. in den weiteren Gehaltsgruppen aber nur mögliche Erhöhungen der Grundgehalter eintreten zu lassen, wurde einstimmig im Unterausschuß sowie im Haushaltshaushalt befürwortet, wobei eine Ergänzung des Antrages, von anderer Seite eingereicht, auch noch den Gehaltsgruppen von 8—13 ganz mögliche Erhöhungen gestellt werden ließ. Der Kinderzufluss lag im festgesetzten auf 40 M. pro Monat für Kinder bis zu 6 Jahren, 50 M. für solche bis zu 14 Jahren, 60 M. für solche bis zum 21. Alter, jedoch mit der Einschränkung, daß Kinder über 14 Jahre hinaus nur dann berücksichtigt werden, wenn sie ein eigenes beweisstüdigtes Einkommen nicht haben. Auch diese Regelung bedeutet genseitiger der Beamtenbefreiung eine wesentliche Verbesserung, sehr zu beachten im Interesse der überbetrieblichen Familien. Am Ortsauschlag ist eine bessere Durchsetzung vorgenommen, von 500 zu 500 M. seit der Staffelung von 1000 M. nach der Belebungsgeschwad. Zum Grundgehalt, Ortsauschlag, auch zu den Kinderzuflüssen treten 50 Prozent Teuerungsaufschlag.

Die Regierung hatte angefischt unsrer geradezu trostlosen Plänevorlage monatelang Bedenken gegen die vom Unter- und Hauptauschlag beschlossenen Erhöhungen. Sie hat diese zurückgestellt und erlaubte stattdessen die unangenehmen Preissteigerungen der letzten Monate an. Die Normenlosigkeit, die Einflommverhältnisse der Beamten dieser berührten Verhältnissen entzogen, konnte sie die Vereitung nicht verhindern. Dem Herrn Reichsminister gehörte Auskunft für seine obige Beurteilung der Gesamtverhältnisse. Sein Ausdruck in der Nationalversammlung: „Man gebe den Männern der Welt das Leben notwendige“, hat bei ihm ungewollte Klarstellung auf die Beamten gehabt.

Auch anwanden der nicht plausiblen Beamten sind die Vorsätze wesentlich unglücklicher bestimmt worden, als in der Regierungsvorlage. Dabei ist eine Verschärfung des Diktatorats auf fünf Jahre festgestellt, die die Befreiung aufnahm, daß Dienstleuten gegen Zahlung eines Schreibbüchters auf das Diktariat angerechnet werden müssen. Ein Rechtsanwalt und Dienstleiter verdankt, die Verkürzung der Aufenthaltsfrist für die Erledigung des höchsterheblichen der Antritt auf Dienstleistung von zwei zu zwei Jahren sind Verbesserungen von ganz besonderer Bedeutung.

Hund in Sanft damit ist eine Personaleinführung in die Wege geleitet. Es heißt der Reichsvolksverwaltung praktisch schon mit der neuen Befreiungsordnung in Kraft tritt, ebenfalls bei anderen Reichsverwaltungen, im besonderen beim Reichsverkehrsministerium im Wege der Entwicklung sich befindet. Die im Eisenbahnbetrieb tätigen Beamten der Gehaltsgruppen 1—5, sowie sie in geschäftlichen verantwortlichen Betrieben stehen, auch einer starken körperlichen Abnutzung ausgesetzt sind, erhalten eine pensionsähnliche Betriebsrente von 400 M. jährlich. Nicht aber glauben die Mitarbeiter des Postamts, sowie des Haushaltshaushaltens dem Verlangen der Abteilungskommission des Personals der Verkehrsbehörde Post und Eisenbahn befreit zu können, womach grundsätzlich alle Beamten ohne Unterschied vom Eisenbahn- und Postbeamten hinunter vom Eisenbahn- und Postdirektor und Ministerialrat hinunter automatisch nun jeweils eine Stufe innerhalb der dreifachen Befreiungsgruppen höher ranguieren, weil sie eben Verlehrer sind. Nach die Reichsregierung kommt diese Fortsetzung in ihrem Gesamtvertrag als berechtigt nicht annehmen. Es ist natürlich nachzuweisen, ob im einzelnen jede Abstimmung richtig errichtet ist. Der kommende Reichstag wird höchstens dazu übertragen (die Nationalversammlung war dazu nicht in Kraft), daß die vielen hundert Petitionen um Umgruppierung in andere Befreiungsgruppen vorgenommen, wobei doch in der Frist der Zeit unter Umständen die Gesamtvorlage unbedingt erledigt werden. Das los nicht im Interesse der Beamten. Sie werden bei zukünftiger Wiederaufbau der Gesamtverhältnisse anstreben müssen, daß die Vertreter des Zentrums im Aushand und die Gesamtverbindung der Menschenmöglichkeit zur Besserung der Lage der Beamten getan haben.

„Das erste Ehejahr“

Roman von Ruth Goetz.

(48. Fortsetzung.)

Hier, das ist geköpft, aber nur in der Theorie, nur in der Theorie, meine Herren. Es ist das Bestehe aller Wahrzeichen, eine möglichst große Länge zu wählen. Bis her war es nicht möglich. Nun soll nach Herrn Storcks Erfindung durch eine größere Umlaufzahl der Balken in der gleichen Zeit mehr als doppelt so viel geleistet werden. In der Praxis wird man beobachten, daß unter diesen Bedingungen die Dauerzeit, die feststehen muss, nicht unbedingt bleibt. Die Dauerleistungserstellungen bleiben nicht geringer als die der Balkenkörper, der Arbeitswiderstand bringt den unvermeidlichen Bruch des Materials, und um so Schienen werden untauglich.“ Er rief das vernichtende Wort, wie eine Kanone in die Gesellschaft der schweigenden Männer.

„Es drohtet allen denen in die Ohren, die sich auf die Seite des Erfinders gesellten; es gefielte wie ein Schmelz des Triumphes der Befreiung hin zu den Feinden.“

Heute Otto Stork war es wie eine lächelnde Stärke gekommen. Gerade die Fehler, die Holmer ihm vorwarf, hatte er unter unzähligen Mühen zu vermeiden gesucht, gerade sie brachten ihm rohe, lebendige Arbeit. Und nun rief er sie aus, tönte mit dem Mantel Hoffnungen und Glück, brachte neue Zweifel in die Eltern aller Herzen, die ihm helfen sollten, seine Arbeit zum endgültigen Ende zu führen.

In einem Kampf bewegten sich seine Lippen. Worte brachten ihn in seinen Mund; er wollte sprechen, rufen, schreien, und er stand bumm und abrochen dem anderen gesenkt. Aus dessen Gesicht blickte nun unverhohlen die Artel der Feindschaft, die Wut des Mannes, der sich bereut und bestossen glaubte, der sich im ergebenen Augenblick nicht bösegen wehren durfte, denn er kannte die Hände gebunden und der die Minuten der Vergeltung gekommen sah.

Wie ein blauer Blitz leuchtend, flammend ein dunkles Zimmer hell, so jetzt dieses Kniffs, das blau und höhnend sich zu dem

Die Endziele der Unabhängigen

Diktatur des Proletariats und politische Räteherrschaft: das sind die beiden Kardinalpunkte des Programms der unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands (USPD), wie es der Parteitag derselben, Anfang Dezember 1919, in Leipzig aufstellt hat. Dagegen wollen die Mehrheitssozialisten ihre Endziele auf dem Wege der Demokratie erreichen. Auch in dem Wahlauslauf der Unabhängigen, den ihr Hauptorgan, die Berliner „Freiheit“, bereits am 20. April veröffentlichte, werden die eben genannten beiden Hauptpunkte herausgestellt, aber mehr verdeckt unter reichem politischen Propagandawortlach und bei weitem nicht mit dem Nachdruck, wie es vor fünf Monaten in Leipzig geschehen ist. Der Wahlauslauf betreibt hier ein wenig Versteck zu spielen, indem er sich vor allem auch an der Beantwortung der Frage, wie denn die Diktatur des Proletariats praktisch zu erreichen sei soll, vorbereitet und sich darauf bekräftigt, von „Mitteln der Massen“ zu reden, in denen vor allem Kraft und Größe der Partei der USPD deutlich zu finden sei.

Den Parlamentarismus wollen nun zwar auch die Unabhängigen nicht ganz verwiesen, aber sie betrachten ihn nicht als ein Mittel zum Zwecke einer schrittweisen Fortentwicklung der heutigen Gesellschaft und zum Klassenausgleich, sondern er soll nach den Worten der „Freiheit“ (1920, Nr. 143, 25. April) höchstens dazu dienen, „die sozialen Gegensätze in der Gesellschaft auf das schärfste herauszuarbeiten und den Sinn der Massen für die Lösung der gewölbten Probleme zu verschärfen, von der der Fortbestand unserer heutigen Gesellschaft abhängt als ganz.“ Denn, so heißt es hier weiter, „es handelt sich bei der großen politischen Auseinandersetzung, die jetzt beginnt, nicht darum, was für eine Reform auf diesem oder jenem Gebiete notwendig ist, es handelt sich vielmehr darum, ob die Freiheit des Volkes an den Grundlagen der bestehenden Gesellschaftsordnung festhält, oder ob sie, bestellt durch die Erfahrungen des Krieges und der Revolution, die bestehende Gesellschaftsordnung verwirkt und an ihre Stelle die sozialistische Gesellschaft setzen will.“ — Als Mittel zur Aufstellung dieser sozialistischen Gesellschaft wird dann auch hier wieder die Diktatur des Proletariats genannt, der praktische Weg hierzu in irgendwelcher Form vorschlagsweise aber nicht angegeben.

Eine Diktatur des Proletariats aber, an der die Unabhängigen nicht ganz unteilbar waren, haben wir in den letzten Wochen im November erlebt, eine Diktatur, von der der demokratologisch-USPD „Vorwärts“ (1920, Nr. 198) unter deutlichem Hinweis auf die „Wahlzeit von Linz“ schreibt: „Diese neueste Erfahrung mit der Diktatur des Arbeitssystems“ müßte eigentlich auch dem letzten Arbeitstag die Augen öffnen. Das arbeitende Volk, Hände und Kopfarbeiter, bildet die ungeheure Mehrheit der Bevölkerung, und wenn es zusammenhält, dann muß es bei der bevorstehenden Reichstagwahl die Mehrheit gewinnen. Was aber mit dem Stimmzettel nicht gelingt, das wird mit Maschinen gewehren und Handgranaten erst recht nicht gelingen. Die Wirkung bleibt da immer der gewölbten Gedanken entgegengesetzt.“ — Und an derselben Stelle belont Maria Juchas in einem Wahlkampf an die Frauen, nachdem sie vorher von der Wahllokalempfehlung, die den Arbeitertyp auf der anderen Seite auslösen würde: „Aus all diesen Gründen kann ich nicht verzweifeln, wie Frauen anders wählen können, als sozialdemokratisch.“ Sie können nicht übriglich wählen, weil sie für das gleiche Recht und für die soziale Gerechtigkeit sein müssen. Sie können auch nicht unabhängig, aber kommunistisch wählen, weil sie als Frauen die Gewalt verabscheuen und nicht wollen können, daß noch mehr Blut fließt.“

Und doch want A. Grispien, ein älterer Mann der USPD, der insbesondere auch auf dem Berliner Parteitag das große Wort führte, in der „Freiheit“ (1920, Nr. 130) aufzuführen: „Diktatur des Proletariats bedeutet nicht Schreckensherrschaft mildner Banken, verlebster Zentralverwaltung, des tiefern Nebelschlags des Proletariats, bedeutet nicht Monopolie und Ausdruck, bedeutet nicht bloße Tiere, Monopoldiktat, Plunderungen, Plackerei und Tortur, die Attentate gegen Personen und Produktionsinstrumente. Diktatur des Proletariats bedeutet Freiheit und Demokratie, planmäßige Organisation und von höchster Sittlichkeit getrennte Ausübung der politischen Macht durch die von wissenschaftlich geschulten Sozialisten geführte Arbeiterklasse.“ — Für diesen Glanz an die Sonnen der Tatkraft des Proletariats muß sich der unabhängige Sozialer Grispien schon ganz Dumme fühlen, nach dem Anschwanznunturk, den er als Vater dieser Diktatur blieb, schon rechtlich ermessen haben, um sie genügend einschätzen zu können als das, was sie wirklich ist, nämlich eine ausgeschüttete Mentalität und Ausbeutung durch die Siegerlichen Proletarier.“

Darum müdthen wie es schon lieber mit dem Menschen Kontakt zu halten, der die Diktatur verwirkt und sie auf die Dauer für unmöglich erklärt. Nicht um der kleinen Augen des Argerius wegen, sondern aus Müßiggängermaßen für das Proletariat, das in leichter Linke von der Anwendung der Diktatur mehr Schaden als Nutzen haben werde. Müßig: Demokratie oder Diktatur 1919. Diktatur des Proletariats bedeutet praktisch Arbeitertyp und mer diesen vermischen will, der lasse den Unabhängigen nicht ihre Endzeile und stimme am 6. Mai für die Partei, die nicht mit Gewaltmittel, sondern auf dem Wege demokratischer Zusammenarbeit und der Muße und Ordnung den Wiederaufbau von Volk und Wirtschaft erstrebt, für das Zentrum.

jungen Gefüter wandte, alle Zweifel, weshalb Holmer als Widersacher hier auftaute und wie einen Kunden einen Zweifel in die Höhe der Männer warf, die sein Geschäft in den Händen hielten

Das galt nicht seinem Werk, das galt ihm, ihm, dem Manne, dem Menschen, der ihm Denote gewahrt.

Ein Schweigen, so tief und lastend wie das Schweigen des Todes, lag in dem Raum.

Man vernahm nur das leise Plätschern des Regens, der auf die Dächer schlägt. Ein Wind hatte sich ausgemacht und pflastzte um die Ecke, wehte auch einmal zu dem größtmöglichen Fenster hinein und hatte nicht über Lust, einige der Blätter mit den Zeichnungen zu entföhnen.

Oto denkmal um das Blättern des Regens. Wie in einem Kunstsalon, erzählte er die Augen des Professors und wußte kaum, was er sprach. Erst als die anderen Herren Rede und Antwort kannten, raffte Otto sich gewaltsam zusammen und lachte.

Was sprachen sie? War es ein Lobesurteil?

Und nun sang die Stimme des Vorgesetzten wieder an sein Ohr: „Ich halte es für zweckmäßig.“ logte Vohe, daß die Herren auch diese Meinung des Herrn Holmer gründlich überlegen sollten. Auch ich habe die gleichen Bedenken gehabt und wieder verworfen.

Wir werden sie aber noch einmal prüfen, nicht unverblümt lassen, denn uns allen ist in der plötzlichen Wiederkehr, den uns eine Maschine entgegenzusetzen vermag, nicht entblümmt. Das Unvorhergesehene ist stets möglich. Ich bitte also, alle Fragen in dieser Hinsicht auf das eingehendste durchzuwalten und um Ihre Urteil, meine Herren.“

Und Vohe nah durch sein Rothen den Reichen um Schluß der Konferenz. Stille scharten, Stimmen murmelten leise und unoerhörtliche Worte. Otto vernahm sie nicht mehr.

Alle seine Hoffnungen waren zerstört, er selbst konnte sie nicht wieder aufrichten, glaubte auch nicht, daß sie Wichten tragen würden. Wie ... wenn Holmer recht behält, aber wenn es ihm nur gelungen war, Vohe und einen Teil der anderen Herren von ihm zu überzeugen, was er gegen Ottos Werk vorgebracht? Nur die Erfahrung könnte klären, ob er recht behalten, und diese Erfahrung stand im Unbewußten.

Maifeier

Von Fritz Günther - Neu-Detersdorf (O.V.)

Es ist merkwürdig in der Menschheitsgeschichte, alte Feiertage schafft man ab, weil sie nicht mehr in die Zeit passen sollen und den Verdienst schmälern. Gleichzeitig werden aber neue Feiertage eingeschafft, die sich sogar zu Weltfeiertagen ausgestalten sollen. Der 1. Mai soll ein solches werden. In einer Stadt war für sechzehn Uhr Beden durch eine Musikkapelle angefragt, 9 Uhr großer Umzug mit Aufzügen, 4 Uhr nachmittags diverse Reden, abends Volksversammlung und anschließend Tanz. Ich glaube, festlicher läßt sich unsere drückende Notlage nicht feiern.

Wir leben in einer Welt von Gegenläufen. Auch am 1. Mai. Auf häßlicher Bandstraße, in drückender Menschenmasse ziehen 300 Männer, Junglinge, Frauen und Jungfrauen dahin, um der Maifeier einzugehen, zu holdigen, fröhlichen, fröhlichen, bei denen die Marschvorführung schon von jeher eine Stammbildungsart ist. Voran geht weiß gekleidete Jungfrauen in ihrer schmucken Tracht. Sie tragen das Kreuzkreuz „Prager Kreuz“ auf einem Gestell. Dahinter das Kreuz mit dem Heiland, dem wir noch das Altretal eröffnen lassen. Singend und betend zieht die Schar vorwärts. In 12 Stunden sind ungefähr 45 Kilometer vom Sammelpunkt am zurückgelegt. Der Muttergottes zuliebe steht man keine Hindernisse, denn ein solcher Weg ist wohl für die meisten ein Opfergang. Der Anblick der viel gewaltigen himmelwärts streckenden Arme der Philippstädter Knaben verleiht die Kräfte, stark die ermatteten Glieder, beschönigt die Stimmen. Am Rückenportale erwarten drei Priester die kommen Wallfahrer und führen sie in das Gotteshaus. Eine andächtige Schar Peter erwartet drinnen die feinen Besucher. Der Hochaltar erstrahlt in vollem Glanz und läßt so die Mutter Gottes als Mittelpunkt hervortreten. Welch eine Freude und Überschwund ist es den Buhdern, an heiliger Stätte in ihrer wohlliegenden Mutterkirche zugestellt zu werden. Nachdem die Wallfahrtsgäste gekommen sind und alle den hl. Seien empfangen haben, suchen die mützen Wallfahrtsgäste auf. Am Sonntag werden sie der Gnadenmutter ihre Wünsche vortragen und tags darauf neuenschärfend und gefestigt den Heimweg an.

Wandernd Andenkende ich die Veier an sich vorüberleben und schüttete den Kopf, daß es noch „solche“ gibt. Jamwohl, die gibt es noch. Wir sind stolz darüber. Wo es noch solche Lüste gibt, da wird nicht revolutioniert, nicht gestreikt, nicht daß ganze Staatschefs in Frage gestellt. Wir sind aber auch erstaunt davon, daß es noch Katholiken gibt, die auf solch eindeutige Weise ihren Glauben ausleben lassen. Katholiken aus unserem schönen Vaterlande. Da braucht uns nicht zu hängen für die Autarkie. Die brauen Menschen haben den verstern wohnenden Gläubigenbrüder der Südböhmen Überlausitz ein praktisches Malenbekleidet durchsetzt durch diese glaubensstarke Vorbild. Der Himmel hat so freundlich gelächelt, hat seinen Segen gespendet. Mag auch die Wallfahrtsgäste Gnadenmutter alle die Pitzen mit ihrem gewölkten Wort unterdrücken im Himmel.

Die Versorgung der in den Ruhestand versetzten Staatsbeamten und der hinterbliebenen Staatsbeamten

Von Abg. Dr. Meineke, Münster i. W.

Anglophiles der Teuerungskräfte war die Lage der Beamten und der Hinterbliebenen von Staatsbeamten immer schwieriger geworden. Ein Gelegenheits-, welches neben sonstigen Entwürfen für eine Befreiungsreform der Landesversammlung vorgezogen ist, will der Rat wenigstens teilweise abstellen. Der Entwurf unterscheidet 1. Ruhegehalt der zum 1. April 1919 bis einschließlich zum 1. April 1920 in den Ruhestand versetzten Beamten. Grundsätzlich wird das Ruhegehalt vom 1. April 1920 ab auf den Betrag festgesetzt, der sich ergibt, wenn den Beamten in der vor ihm zuletzt hellebten Stelle nach dem 1. April 1920 befördert und in den Ruhestand versetzt worden wäre. 2. Rentegehalt der seit Umgestaltung des Staatswesens zum 1. April 1920 über einen höheren Zeitpunkt einzuholen in den Ruhestand versetzten Beamten. Das Rentgehalt ist für die Zeit vom 1. April 1920 auf den Betrag festgesetzt, der sich ergibt, wenn der Beamte in der zuletzt von ihm besetzten Stelle befördert und einsteuert in den Ruhestand versetzt worden wäre. 3. Witwen- und Waisengeld. Das Witwen- und Waisengeld der Hinterbliebenen der unter 1 und 2 genannten Beamten und die seit dem 1. April 1919 einschließlich vor dem 1. April 1920 verstorbenen aktiven Beamten ist für die Zeit vom 1. April 1920 auf den Betrag festgesetzt, der sich ergibt, wenn der Beamte in der zuletzt von ihm besetzten Stelle nach dem 1. April 1920 geltenden Vorrichten befördert und in den Ruhestand versetzt worden wäre. 4. Aufschluß an Altersgehalt, Altersniedergang und Altershinterbliebene. Diese Klasse, welche aus besonders unter der Rat zu leben hatte, erhält einen Aufschluß für die Zeit nach dem 1. April 1920, um zwar kommen in Betracht a) die vor dem 1. April 1919 in den Ruhestand versetzten Beamten, b) die vor der Umgestaltung des Staatswesens einzuholen in den Ruhestand versetzten Beamten, c) Witwen und Waisen der vorgenannten Beamten. 4. Der Aufschluß betrifft die Hälfte des Unterschieds zwischen dem beim Verteilungsbüro aufgestellten Ruhegehalt, Rentgehalt oder Witwen- und Waisengeld, das sich ergaben hätte, wenn der Beamte in der zuletzt von ihm besetzten Stelle nach dem 1. April 1920 geltenden Vorrichten befördert und in den Ruhestand versetzt worden wäre. Eine besondere Vorschrift sieht die Weiterzahlung von Kindergeldern an Altersgehalt und Altersniedergang und Altershinterbliebene vor.

Unschöpfig blieb er die Tür zu seinem Arbeitszimmer. Er vernahm die Stimme des Kollegen Sethaft, der einbringlich auf Holmer einprallte:

„Mensch, wie könnten Sie das tun? Sie haben sich in furchtbare die Hölle gelegt? Was denken Sie von Lebe? Glauben Sie, es heißt bei uns umsonst der „Gewaltige“? Wenn er eine Änderung vorschlägt, hat er sie genau geprüft. Sie ahnen nicht, Sie haben alles verloren.“

„Wie?“ fragte Holmer ruhig. „Er hat Sie alle aufgefordert, meine Wahrheiten zu berichtigigen.“

„Setha, junger Freund.“ Setthaft war lebhaft. „Setha, das sagt er nur so, weil er jetzt ganz und gar unparteiisch ist. Sie sollen sehen, daß man fogleich mit den Verlust

